



Personalrat
Stadtverwaltung Bergisch Gladbach

Stadtverwaltung 51439 Bergisch Gladbach

Herrn
Bürgermeister
Lutz Urbach



Stadthaus Konrad-Adenauer-Platz

Auskunft erteilt:
Bernd Golimowski, Zimmer 426
Telefon: 02202/14-2456
Telefax: 02202/14-2831
29. Februar 2012

Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2012/2013
hier: Anhörung gemäß § 75 Abs. 1 Ziffer 1 LPVG NW
Schreiben der Verwaltung vom 21.02.2012, Fachbereich 1-10

Sehr geehrter Herr Urbach,

in seiner heutigen Sitzung hat sich der Personalrat mit der o.g. Angelegenheit befasst und gibt folgende Stellungnahmen ab:

1. Stellenveränderungen - Beschäftigtenstellen -

Die Stellenveränderungen der tariflich Beschäftigten werden gemäß der Vorlage vom Personalrat mitgetragen.

2. Stellenveränderung - Beamtenstellen -

Folgende Stellenanhebungen sind noch nicht endgültig, da eine abschließende Bewertung noch nicht erfolgt ist:

- Stellen-Nr. 1-10-39+725 Sachbearbeitung Zentraler Dienst
- Stellen-Nr. 8-80-1375 Sachbearbeitung Wirtschaftsförderung

Alle anderen Stellenanhebungen werden gemäß der Vorlage mitgetragen.

3. Vermerke

3.1 ku-Vermerke (künftig umzuwandeln)

Der Personalrat nimmt zur Kenntnis, dass hier ku-Vermerke angebracht werden.
Es besteht für ihn weiterer Handlungsbedarf.

3.2 kw-Vermerke (künftig wegfallend)

Gegen die Streichung der kw-Vermerke bestehen seitens des Personalrates keine Bedenken.

4. Stellenverlagerungen

4.1 Umwandlung von unbesetzten Stellen als Rotationsstellen

Die Umwandlung der genannten Stellen in sog. Rotationsstellen wird mitgetragen.

4.2 Verlagerung von einer Stelle aus der Personalreserve in das Bürgerbüro

Die Verlagerung der Stelle 1-232 aus der Personalreserve in das Bürgerbüro wird mitgetragen.

5. Neue und wegfallende Stellen

5.1 Fachbereich 1

Die Stelle 1-12-84 soll erhalten bleiben und mit der Stelleninhaberin der Stelle 1-926 (Rotationsstelle nach der Ausbildung) besetzt werden.

Die Streichung der Stelle 5-501-693 wird zur Kenntnis genommen.

Die Stelle 5-59-590 soll als Rotationsstelle erhalten werden analog der Stelle aus der Ausländerbehörde.

Die Einrichtung einer A10-Stelle im Bereich 1-11 (BEM) wird gemäß der Vorlage mitgetragen.

5.2 Fachbereich 3

Die Stelleneinrichtungen werden gemäß der Vorlage mitgetragen.

Die Stelle 3-32-886 StadtwächterIn soll erhalten bleiben. Die Erfahrung zeigt, dass weiterhin Handlungsbedarf besteht.

5.3 Fachbereich 4

Die Streichung von 3,5 Stellen wird zur Kenntnis genommen.

5.4 Fachbereich 5

Die Stelleneinrichtungen werden gemäß der Vorlage mitgetragen.

5.5 Fachbereich 7

Die Stelleneinrichtung wird gemäß der Vorlage mitgetragen.

5.6 Fachbereich 8

Die Streichung von 9 Stellen wird zur Kenntnis genommen.

Die Stelleneinrichtung einer 0,5-Stelle -Sachbearbeitung Gebäudedatenbank- wird mitgetragen.

Neue Stellen – wegfallende Stellen

Zum Beschlussvorschlag:

Die Einrichtung von 16 neuen Stellen wird begrüßt und mitgetragen.
Bei den Stellenstreichungen von 16,5 Stellen verweisen wir auf unsere Stellungnahmen

Abschließend einige Anmerkungen:

In den Jahren 2010 und 2011 wurden Führungspositionen extern besetzt obwohl geeignetes internes Personal zur Verfügung stand.

Nicht umgesetzt sind die Führungsleitlinien aus dem Jahr 2000. Mit dem dringend erforderlichen Personalentwicklungskonzept wurde seitens der Verwaltung begonnen.

Die Umsetzung der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2011 ff hat bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen für große Unruhe und Unsicherheit gesorgt und wirkt auf die bisherige Arbeitsleistungen demotivierend.

Die wichtigste Ressource in der Verwaltung sind die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Betrachtet man die Tatsache, dass ca. 70 % der Belegschaft zwischen 40 und 60 Jahre alt ist, müssen Anreize geschaffen werden, um die Motivation, Arbeitsfreude und vor allem Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten. Wir denken hier an den Betrieblichen Gesundheitsschutz, an eine Erhöhung der Ausbildungsplätze und an Beförderungen im Beamtenbereich. Sobald die gesetzlichen Vorgaben es rechtfertigen, soll der sich seit 2009 wieder neu aufgebaute erhebliche Beförderungsstau abgebaut werden.

Wir erwarten auch von der Politik eine Wertschätzung der Arbeit gerade in Zeiten des Nothaushaltes, denn: ein Jahr Wiederbesetzungssperre und ein teilweiser Einstellungsstopp bedeutet eine immense Arbeitsverdichtung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein weiteres Zurückfahren der Standards ist nicht bürgerfreundlich und steht im Widerspruch zum Serviceversprechen der Stadtverwaltung.

Der Personalrat nimmt die Worte des Herrn Bürgermeister Lutz Urbach dankend zur Kenntnis: „Keine betriebsbedingten Kündigungen bei den städtischen Kolleginnen und Kollegen“. Hier erwarten wir auch eine Unterstützung durch die Politik.

Mit freundlichen Grüßen


Bernd Golimowski
Vorsitzender


Ralf Arndt
Stellv. Vorsitzender